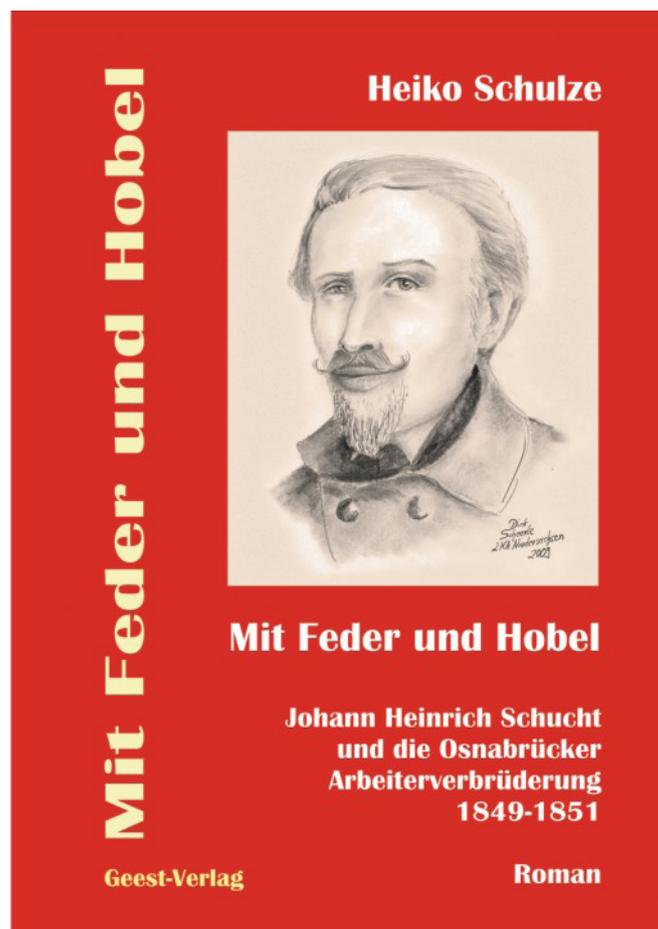


### Osnabrück im Herbst 1849

Der Tischlergeselle Johann Heinrich Schucht wird zum Geburtshelfer eines Arbeiterbildungsvereins, dem sich in kurzer Zeit Hunderte von Arbeitern und Handwerksgelesen, aber auch linksdemokratische Bürger anschließen, die weiter unbeirrt für die Ideale der Revolution von 1848 eintreten. Zum Vereinsangebot gehören alltäglicher Abend-schulunterricht, Lehrvorträge, politische Debatten, nicht zuletzt selbst-verwaltete Hilfskassen, ein Sportverein, ein Gesangverein sowie eine Volksbibliothek. Schnell schließt sich Schuchts Verein der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung an. Von Beginn an werden die angeblichen „Staatsfeinde“ von der Obrigkeit kritisch beäugt, denunziert, drangsaliert und schließlich – im Zusammenspiel von königlicher Regierung und städtischem Magistrat – politisch zerschlagen. Haupt-akteur der Reaktion ist Johann Carl Bertram Stüve, hannoverscher Innenminister und langjähriger Osnabrücker Bürgermeister. Der ungemein spannend und anschaulich geschriebene Roman hält sich streng an das historische Geschehen. Die Handlung widmet sich einer Zeit, in der die bis heute aktuellen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und barrierefreier Bildung auf die politische Tagesordnung geraten. Umrahmt wird das Romangeschehen durch ein Wechselspiel von Protest und Unterdrückung, von Liebe und Intrige, von zeitloser Sehnsucht nach Freiheit und Solidarität.

#### Heiko Schulze

Jahrgang 1954, geboren und aufgewachsen in Osnabrück, gelernter Gymnasiallehrer. Er ist Autor verschiedener Publikationen zu historischen wie allgemeinpolitischen Themen. Als Romanautor wurde er in jüngster Zeit bereits für sein Buch „Geplatze Kragen“, das den Osnabrücker Gesellenaufstand von 1801 beleuchtet, bekannt. Seit 1992 ist Heiko Schulze Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion und nebenberuflich Lehrbeauftragter an der örtlichen Fachhochschule.



Geest-Verlag, 2009 ca. 400 S.  
ISBN 978-3-86685-207-5 - 12,50 Euro

### Zu guter Letzt! Henrik Peitsch

In welchem Land leben wir eigentlich? Man könnte auch fragen, mit welcher Absicht gelangen Themen in die öffentliche Diskussion. Nun geht es nicht darum, was Siegfried Hummel in seiner Glosse anmahnt, eine republikanische Wirklichkeit zu etablieren, sondern um die Einschätzung aktueller bildungspolitischer Themen unseres Gemeinwesens. Nun ist da zunächst die überstandene dritte Elternbefragung, die trotz hartem und zum Teil hämischen Widerstand von CDU und FDP ein überwältigendes Ergebnis brachte. Die längst überfällige Einrichtung von vorerst einer Integrierten Gesamtschule (bezöge man die Eltern aus den Landkreisgemeinden ein, würde die Nachfrage sicherlich mindestens noch zwei weitere IGS erforderlich machen) wird nun Realität. Endlich! Es ist schon viel Zeit vergeudet worden. Vielen Kindern sind Chancen versagt worden. Wer übernimmt die Verantwortung dafür?

Nein, es geht um eine zunächst als revolutionär daher kommende Neuerung: Das Bistum möchte eine Schule der „Drei Religionen“ als bundesweites Modellprojekt einrichten – mit Steuergeldern. Das Objekt ist – m.K. nach ohne vorherige Absprache mit der betroffenen Schule – auch schon gefunden: Die vom Schülerrückgang bedrohte Johannisschule. Nun können Innovationen für das Lernen und Lehren auch förderlich sein. Nur hier fragt man sich, ob die Verantwortlichen das „Angedachte“ auch zu Ende gedacht haben. In welchem Land leben sie? Das Miteinanderlernen von Kindern und Jugendlichen mit verschiedenen (und mehr als drei) Religionen ist im staatlichen Schulwesen Alltag und ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsauftrages der Schule. Ja, es stimmt, im staatlichen Schulwesen. Nur nicht in Bekenntnisschulen und Schulen in konfessioneller Trägerschaft. Das „Modellvorhaben“ beschädigt das Ansehen aller staatlichen Schulen (War dies vielleicht die Absicht?) und entwürdigt die mühevollen Arbeit vieler Kolleginnen und Kollegen in diesen Schulen. Die Begeisterung bei den Ratsvertretern von Bündnis 90/Die Grünen für diese neue Schule bleibt rätselhaft.

Werden wir bald auch Schulen einrichten, in denen das Lernen der Kinder und Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Milieus (vielleicht auch nur drei, die zu definieren wären) zu einem besonderen „Bildungsziel“ erhoben und daraus eine Modellschule gemacht wird? Es ist höchste Zeit, dass wir nun den Mut aufbringen, nun endlich im Interesse unserer Kinder alle „ständestaatlichen Relikte“ aufbrechen (Siegfried Hummel) und der unsäglichen Aussonderung ein Ende bereiten. Klären wir nun auch endlich die drängenden bildungspolitischen Fragen. Lassen wir uns nicht auf unsinnige Debatten ein und machen wir ernst mit der Forderung: **Bildung ist Bürgerrecht! Kein Kind bleibt zurück! Ergreifen wir die Chance für sinnvolle Reformen, schaffen wir endlich ein demokratisches Bildungssystem.**